

SZ,

Montag, 2. September 2002

S. 11 (Nr. 202)

Staatsschulden sind nicht das Problem

Finanzierung der Flutopferhilfe: Ökonomischer Unfug / SZ vom 30. August

Oliver Schumacher nennt in seinem Kommentar Edmund Stoibers Aussage „Höhere Zinsen sind gegenüber höheren Steuern das kleinere Übel“ Unfug. Zur Begründung schreibt er: „Jeder VWL-Student im Grundstudium“ wisse, dass höhere Zinsen Gift für die Konjunktur seien. Hier liegt der Verfasser falsch. Die mangelnde Güternachfrage beschränkt im Augenblick die Beschäftigung. Zusätzliche kreditfinanzierte Staatsnachfrage und die dadurch induzierte Investitions- und Konsumnachfrage erhöht die Beschäftigung. Dass die Zinssteigerungen, die möglicherweise auftreten, diese expansive Wirkung ins Gegenteil verkehren, ist unwahrscheinlich. Zusätzlich durch Steuern finanzierte Staatsausgaben wirken sicher weniger expansiv. Insofern hat Stoiber Recht.

Bei der wirtschaftspolitischen Diskussion unserer Kanzlerkandidaten haben wir übrigens eine verkehrte Welt: Der Bundeskanzler vertritt sehr dogmatisch die konservative Position, die letztlich auf dem Glauben beruht, dass das Marktsystem bei Beseitigung aller Beschränkungen zu Vollbeschäftigung tendiert. Der Kanzlerkandidat vertritt demgegenüber implizit eine skeptische keynesianische Position, die nicht nur auf Glauben beruht, sondern auch auf der Erfahrung der vergangenen zwanzig Jahre, bei der wir stetig steigende Arbeitslosigkeit bei zunehmender Liberalisierung erlebt

haben. Marktgläubige sollten also Gerhard Schröder wählen, Marktskeptiker Edmund Stoiber.

Das Problem einer Staatsverschuldung liegt nicht darin, dass durch dabei auftretende Zinserhöhungen die Beschäftigung gesenkt würde; die Beschäftigung würde sicher erhöht. Das Problem liegt in den Lohn- und Preissteigerungen, die bei zusätzlicher Staatsverschuldung zu erwarten sind und die dann beschäftigungssenkende Maßnahmen der Notenbank notwendig machen. Deshalb ist bisher jeder Ansatz eines Aufschwungs im Keim erstickt worden. Dieses Problem ist aber grundsätzlicher Art und tritt nicht nur bei zusätzlicher Staatsverschuldung, sondern bei jeder Entwicklung auf, die zu Beschäftigungserhöhung führt.

Nötig wäre eine Erhöhung der Güternachfrage – etwa durch Staatsverschuldung – in Kombination mit flankierenden politischen Maßnahmen, die die fatalen Inflationswirkungen unterdrücken. Ohne solche politischen Maßnahmen wird jede Politik – ob von Schröder oder Stoiber – scheitern. Kurzfristig würde allerdings die Stoibersche Politik erfolgreicher sein. Wie dabei jedoch das unsinnige und fatale Maastricht-Kriterium eingehalten werden soll, bleibt mir ein Rätsel. Das Kriterium haben aber beide Parteien gemeinsam zu verantworten; sie sollten es deshalb gemeinsam abschaffen. Prof. Dr. Ekkehart Schlicht, München